

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. November 1986
am Donnerstag, dem 13. November 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	3, 4	Lambinus (SPD)	5
Eigen (CDU/CSU)	50, 51	Müller (Schweinfurt) (SPD)	29, 30
Dr. Enders (SPD)	2, 31	Oostergetelo (SPD)	22, 49
Engelsberger (CDU/CSU)	35, 36	Roth (SPD)	39, 40
Fischer (Homburg) (SPD)	8, 9	Rusche (DIE GRÜNEN)	25, 26
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	16, 17	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	15
von Hammerstein (CDU/CSU)	54, 55	Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	6, 7
Dr. Hirsch (FDP)	13, 14	Frau Simonis (SPD)	19
Huonker (SPD)	33, 34	Stiegler (SPD)	1, 10
Ibrügger (SPD)	45, 46	Stockhausen (CDU/CSU)	52, 53
Immer (Altenkirchen) (SPD)	27, 28	Ströbele (DIE GRÜNEN)	11, 12
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	23, 24	Dr. Struck (SPD)	20, 21
Dr. Jobst (CDU/CSU)	32	Vosen (SPD)	43, 44
Dr. Klejdzinski (SPD)	41, 42	Dr. Wiczorek (SPD)	47, 48
Dr. Kübler (SPD)	37, 38	Würtz (SPD)	18

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

1. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesarbeitsgerichts, daß Arbeitgeber berechtigt sind, Arbeiterinnen im Mutterschaftsurlaub für die Zeit einer Aussperrung den Zuschuß zum Mutterschaftsgeld zu verweigern, und wer ist, falls die Bundesregierung diesem Urteil beitrifft, für die Zeit der Aussperrung verpflichtet, den Arbeitgeberzuschuß zum Mutterschaftsgeld zu zahlen?
2. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein in Algerien geborener Mann, der in den 50er Jahren in der französischen Armee diente und auch in Frankreich arbeitete und der später, mit einer deutschen Frau verheiratet, in der Bundesrepublik Deutschland tätig war, im Falle der Erwerbsunfähigkeit nur die Arbeitsjahre in der Bundesrepublik Deutschland auf die Erwerbsunfähigkeitsrente angerechnet bekommt und nicht auch die in Frankreich abgeleistete Arbeitszeit, weil auf ihn nicht der Artikel 2 Abs. 1 oder 2 der EWG-Verordnung 1408/71 zutrifft, und ist sie gewillt, diesen Zustand zu ändern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

3. Abgeordneter
Antretter
(SPD)

Welche Modellstellen werden 1987 in eine Anschlußfinanzierung durch den Bund für das 1984 durch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit installierte und am 31. Dezember 1986 auslaufende Bundesmodell „Aufsuchende Sozialarbeit für betäubungsmittelabhängige Straftäter (ASS)“ (Geschäftszeichen 343-4919-38/0-11) übernommen?
4. Abgeordneter
Antretter
(SPD)

Was hat die Bundesregierung unternommen, die verschiedenen Bundesländer dazu zu bewegen, die erfolgreiche Arbeit, die im Rahmen dieses Bundesmodells entwickelt und geleistet wurde, weiterzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

5. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Modellversuche in Baden-Württemberg und in der Schweiz über den Einsatz sogenannter umweltfreundlicher Verkehrsampeln, und erwägt die Bundesregierung, umweltfreundliche Verkehrsampeln in einem größeren Modellversuch zu erproben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

6. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU) Sind nach Kenntnis der Bundesregierung durch die Brandkatastrophe bei dem Basler Pharmakonzern Sandoz die in den Rhein eingeleiteten toxischen Schadstoffe auch in das Grundwasserbecken des Oberrheins gelangt, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus?
7. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU) Ergeben sich gegebenenfalls durch Schadstoffbelastungen des Grundwasserreservoirs Auswirkungen auf das Trink- und Thermalwasser auf der deutschen Oberrheinseite nördlich von Basel?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

8. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) Welches ist der Stand der Ausbauplanungen für die Forschungszentren Köln-Porz und Oberpfaffenhofen der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt auf dem Sektor Raumfahrt?
9. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) Welches ist der Stand der Verhandlungen des Bundes mit den Sitzländern Nordrhein-Westfalen und Bayern über deren finanzielle Beteiligung an den Ausbauplanungen für die Zentren Köln-Porz und Oberpfaffenhofen der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt auf dem Sektor Raumfahrt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

10. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Nach welchem „Fahrplan“ wird die Bundesregierung die Umsetzung der EG-Produkthaftungsrichtlinie vom 25. Juli 1985 ins Werk setzen, und ist dabei sichergestellt, daß die Harmonisierung bis zum 30. Juli 1988 abgeschlossen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN) Gibt es Pläne oder Überlegungen der Bundesregierung oder sind der Bundesregierung solche Überlegungen anderer deutscher oder NATO-Stellen bekannt, wonach die Bundesregierung oder Teile der Bundesregierung im Verteidigungsfall aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgeflogen werden sollen, etwa in die USA und dort nach Orlando?

12. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung entsprechende Presseveröffentlichungen Ende September 1986 (z. B. Frankfurter Rundschau vom 26. September 1986)?
13. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß die Familienangehörigen eines Asylbewerbers mit ihren Asylanträgen abgelehnt werden, wenn sie sich zur Begründung ihrer Asylanträge nur auf die Familienzugehörigkeit berufen, jedoch keinen eigenen Verfolgungstatbestand behaupten?
14. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- In welchen anderen europäischen Ländern, die der Genfer Flüchtlingskonvention bzw. der Europäischen Menschenrechtskonvention beigetreten sind, erhalten die Familienangehörigen eines politisch Verfolgten mit dessen Anerkennung gleichfalls den Status eines politischen Flüchtlings?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

15. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, warum die zuständigen kommunalen Stellen in Mittelfranken nicht oder nur ungenügend über die Modalitäten des US-Manövers „carbon archer“ informiert wurden, und in welcher Form sind Pershing II-Raketen an dem Manöver beteiligt?
16. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Verl)
(SPD)
- Warum ist die Haushaltsveranschlagung der Gesamtkosten des Waffensystems PATRIOT vom Haushalt 1986 zur Haushaltsvorlage 1987 nur von 4,5 Milliarden DM auf 4,35 Milliarden DM zurückgegangen, obwohl 72 v. H. dieses Titels in Dollar zu bezahlen sind und der Veranschlagungskurs des Dollars von 3,15 DM im Haushaltsjahr 1986 auf 2,46 DM im Haushaltsjahr 1987 zurückgegangen ist?
17. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Verl)
(SPD)
- Welchen Stand hat das im PATRIOT-Jahresbericht des Bundesministers der Verteidigung vom 8. Mai 1986 genannte Vorhaben der Herstellung einer „rein konventionellen ATM/ATBM-Fähigkeit des WS PATRIOT“ bisher erreicht?
18. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Welche zeitlichen Vorstellungen hat der Bundesminister der Verteidigung zur Lösung des Dienstzeitproblems der Soldaten?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

19. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD)
- Treffen Berichte (DER SPIEGEL vom 20. Oktober 1986) zu, daß die Bundesregierung einen neuen Film „Von Weimar nach Bonn“ in Auftrag gegeben hat, weil „zuviel Sozialdemokraten, zuwenig Kohl“ sowie „dem zumeist von den Goethe-Instituten im Ausland gezeigten Werk die Bedeutung der amerikanischen Care-Pakete für die hungernden Nachkriegsdeutschen nicht recht gewürdigt“, und aus welchem genehmigten Titel ist der Betrag von 300 000 DM entnommen?
20. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Hat der Bundeskanzler Veranlassung, seine vor dem Flick-Untersuchungsausschuß am 7. November 1984 gemachte Aussage zu korrigieren, nachdem in der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ vom 20. Oktober 1986 berichtet worden ist, daß ein Tonband die Unterrichtung des Bundeskanzlers über die Tätigkeit Dr. Barzels für die Frankfurter Anwaltspraxis Dr. Dr. Paul beweist?
21. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Trifft die Meldung zu, daß der Bundeskanzler von Dr. Barzel auf eine „mögliche Falschaussage“ hingewiesen worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

22. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung bewogen, in der Vergangenheit eine Weitergabe der Zahl der Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland an die EG-Kommission zu verweigern, und wird die Bundesregierung auch zukünftig an dieser unter dem Blickwinkel europäischer Zusammenarbeit fragwürdigen Praxis festhalten?
23. Abgeordneter
**Jäger
(Wangen)**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die verschärften Greuelthaten der Sowjetarmee, insbesondere der sogenannten Speznaz-Einheiten, gegen die afghanische Zivilbevölkerung zum Anlaß nehmen, diese Frage bei der nächsten Ministerratstagung der Europäischen Gemeinschaften auf die Tagesordnung setzen zu lassen, und wird sie sich dafür einsetzen, daß gegen die UdSSR in gleicher Weise wie gegen Südafrika wirtschaftliche Sanktionen mit dem Ziel verhängt werden, sie zur Beendigung des in Afghanistan verübten Völkermordes zu veranlassen?
24. Abgeordneter
**Jäger
(Wangen)**
(CDU/CSU)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung über den Tod des Solidarnosc-Aktivisten Edward Majko machen, der nach einer inzwischen weiter erhärteten Meldung im Informationsbulletin der Solidarnosc Nr. 43 in einem Wagen der Breslauer

- Milizkommandantur unter ungeklärten Umständen ums Leben kam (September 1986), und wie beurteilt die Bundesregierung die fortgesetzte Verfolgung von Mitgliedern der Solidarnosc durch die polnischen Behörden?
25. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise hilft die Bundesregierung den tibetischen Flüchtlingen, die nun schon seit Jahrzehnten zum größten Teil in armen Nachbarländern von Tibet Zuflucht genommen haben, und wie schätzt sie die Chancen dieser Menschen ein, in naher Zukunft wieder in ihr Heimatland zurückkehren zu können?
26. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß die vollkommen unzureichende Beantwortung der Kleinen Anfrage zur menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Situation Tibets und der von mir eingebrachten mündlichen Anfragen ein schlechtes Licht auf die Menschen- und Völkerrechtspolitik der Bundesregierung wirft?
27. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Welche besonderen Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, auf eine baldige Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft zu drängen, obwohl in der Türkei nach wie vor Angehörige der kurdischen Minderheit mit militärischen Mitteln verfolgt, gefoltert und getötet werden, die kurdische Sprache verboten ist und eine kurdische Namensgebung verweigert wird?
28. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Begründet die Tatsache, daß eine kurdische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland kurdischen Sprachunterricht an Schulen, Rundfunksendungen und Aufklärungsschriften in kurdischer Sprache fordert, wie sie im Verfassungsschutzbericht 1985 aufgeführt werden, schon den Tatbestand einer verfassungsfeindlichen Organisation, oder entsprechen solche Forderungen nicht den Menschenrechten, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der Schlußakte von Helsinki verankert sind und von der Bundesregierung auch im Blick auf deutschstämmige Minderheiten, wie zum Beispiel gegenüber Rumänien, geltend gemacht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bereits im Juli 1986 nach Absprache mit dem Bundesminister der Finanzen erklärt hat, anders als bei der Milch müsse bei Getreide die Umsatzsteuer auf den Kaufpreis nach Abzug der Mitverantwortungsabgabe berechnet werden, und wenn ja, warum kommt die Bundesregierung erst jetzt, fast vier

- Monate nach Beginn des Getreidewirtschaftsjahres, zu dem Ergebnis, daß die Bemessungsgrundlage für Getreide geändert werden muß und belastet damit die gesamte Getreidewirtschaft, insbesondere die Erstabnehmer, mit übermäßig hohem, zusätzlichem Verwaltungsaufwand?
30. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesen Verwaltungs- und Kostenaufwand, der mit dem Aufrollen der gesamten bisher getätigten Getreideabrechnungen über einen mehrmonatigen Zeitraum verbunden ist, zu reduzieren?
31. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei rechtzeitiger Banküberweisung der Steuervorauszahlung zu den vierteljährlichen Steuerterminen auf den amtlichen Vordrucken der Finanzbehörden der Weg über das Postgirokonto bis zur Unterschrift auf dem Steuerkonto zwei Wochen betragen kann, und ist sie gewillt, auf Grund dieser Verzögerungen die Frist bis zur Erhebung von Säumniszuschlägen zu verlängern?
32. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung umgehend eine Billigkeitsregelung bei der Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer für Lastkraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 40 Tonnen erlassen, nachdem durch die Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichts auf 40 Tonnen in der Bundesrepublik Deutschland sich die Steuer bis zu 2551 DM erhöht, während auf Grund anderer Bemessungsgrundlagen bei den ausländischen Konkurrenten keine Erhöhung eintritt, was zu einer weiteren Verschlechterung der Wettbewerbssituation des deutschen Güterkraftverkehrs führt?
33. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Wie hoch waren in den Jahren 1984, 1985 und 1986 die Steuermindereinnahmen auf Grund der im Vierten Vermögensbildungsgesetz vorgenommenen Erhöhung des Förderrahmens auf 936 DM?
34. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Welche Steuermindereinnahmen hätte nach Schätzung der Bundesregierung die Ausdehnung des Förderrahmens von 936 DM auf Bau-sparbeiträge bei gleichzeitiger Absenkung der Zulage auf 20 v. H. in den Jahren 1987 bis 1990 (jeweils gesondert) zur Folge, und wie hoch schätzt sie die Steuermindereinnahmen in den genannten Jahren auf Grund der Einbeziehung von Beteiligungs-Sondervermögen und GmbH-Anteilen in den Anlagekatalog?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

35. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung, daß die durch den Reaktorunfall in Tschernobyl erheblich geschädigte Touristenbranche hinsichtlich der Entschädigung von Ertragseinbußen keine Gleichbehandlung erfährt, wie sie in der Landwirtschaft einschließlich der Molkereien sowie der Großerzeugermärkte gewährt wird, sondern daß sie gegebenenfalls nur bei der Existenzgefährdung eines Betriebes Entschädigung leistet, und ist die Bundesregierung bereit, den geschädigten mittelständischen Reiseunternehmen in unbürokratischer Weise zu helfen?
36. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung, angesichts des stagnierenden innerdeutschen Fremdenverkehrs im Rahmen ihrer Möglichkeiten die angekündigte politische Initiative zu ergreifen, indem sie durch ein Pilotprojekt auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik den dringend notwendigen Absatz der deutschen Fremdenverkehrsangebote über den Reisevertriebsweg unterstützt?
37. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Novellierung des § 12 Gaststättengesetz mit dem Ziel, den Begriff „des besonderen Anlasses“ zu präzisieren, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die traditionelle Gastronomie und die Vereinsgastronomie, einen gerechten Interessenausgleich herbeizuführen, ohne daß es zu Benachteiligungen für den einen oder anderen Bereich kommt?
38. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß zum Beispiel die extensive Anwendung der „410 DM geringfügige Beschäftigung“ im Gastgewerbe zu Konkurrenzvorteilen mißbraucht wird und daß gerade im Tourismus und im Gastgewerbe Kettenunternehmen bestehen, die durch die überwiegende Inanspruchnahme der geringfügigen Beschäftigung mit Abrufbereitschaften verhindern, daß es zu sozialgesicherten Beschäftigungsverhältnissen kommt?
39. Abgeordneter
Roth
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die von Bundeskanzler Kohl zugesagten und zwischenzeitlich von der Bundesregierung und der Landesregierung von Rheinland-Pfalz gewährten Subventionen von 8 Millionen DM an die in Ludwigshafen ansässige Alcan-Aluminiumhütte gegen den EG-Vertrag verstoßen und somit rechtsunwirksam gewährt wurden?
40. Abgeordneter
Roth
(SPD)
- Warum folgt die Bundesregierung nicht der rechtmäßigen Anordnung der EG-Kommission vom 14. Dezember 1985 und dringt darauf, daß die gewährte Subvention von der Alcan-Aluminiumhütte zurückgezahlt wird?

41. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Pressemeldungen in der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ vom 27. Oktober 1986, daß die amerikanische Regierung zur Zeit verstärkte Anstrengung unternimmt, Wirtschaftskooperation, Technologietransfer und Handel mit westlichen Staaten der sicherheitspolitischen Zielsetzung der USA unterzuordnen?
42. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um dieser Politik entgegenzuwirken und um zu verhindern, daß die deutsche Exportfähigkeit durch Beschränkungen und Auflagen der USA im Bereich von Lizenzbau, Reexport und Wirtschaftskooperation Schaden leidet?
43. Abgeordneter
Vosen
(SPD) Wie viele Aufträge mit welchem Mittelvolumen hat die US-Regierung im Rahmen der Strategischen Verteidigungs-Initiative bisher vergeben?
44. Abgeordneter
Vosen
(SPD) Welche deutschen Firmen, Forschungseinrichtungen und andere Stellen haben Aufträge aus dem SDI-Programm der US-Regierung erhalten, und für welche Themen/Projekte wurden diese Aufträge erteilt?
45. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Wie hoch sind Auftragsvolumen und Laufzeit der Aufträge für deutsche Firmen, Forschungseinrichtungen und andere Stellen aus dem SDI-Programm der US-Regierung?
46. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Wie viele Wissenschaftler und Techniker arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland an Aufträgen aus dem SDI-Programm der US-Regierung?
47. Abgeordneter
Dr. Wieczorek
(SPD) Welches ist der Stand der Arbeiten bei der Revision der COCOM-Liste, und welche zusätzlichen Produkte, Technologien und Verfahren sind seit April 1986 neu auf die COCOM-Liste genommen worden?
48. Abgeordneter
Dr. Wieczorek
(SPD) Wie weit sind die Ankündigungen der Bundesregierung gegenüber der US-Regierung gediehen, die Vorschriften zur Überwachung der COCOM-Restriktionen zu verschärfen bzw. wirkungsvoller zu machen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

49. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zum Import von Süßkartoffeln aus der Volksrepublik China ein, und wie beurteilt die Bundesregierung den in diesem Zusammenhang eingenommenen Standpunkt der Europakommission

- insbesondere unter dem Gesichtspunkt der bei Realisierung des Importes zu erwartenden Mehraufwendungen der Gemeinschaft im Rahmen der Getreidemarktordnung und unter dem Gesichtspunkt der gleichzeitigen Planung von Flächenstillegungen innerhalb der EG?
50. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- In welcher Weise will die Bundesregierung sicherstellen, daß der Export von Zuchtvieh aus der Bundesrepublik Deutschland nach Spanien und Portugal wie auch in Drittländer außerhalb der Europäischen Gemeinschaft im Wettbewerb mit Zuchtvieh, z. B. aus Österreich und der Schweiz, gleichgestellt ist und nicht durch hohe Subventionen in anderen Ländern verzerrt wird?
51. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft für China und Thailand ein Importkontingent von 925 000 Tonnen Maniok und 600 000 Tonnen Süßkartoffeln freigeben will, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese für europäische Bauern – angesichts der Getreideüberschüsse in der Europäischen Gemeinschaft – ungeheuerliche Verhaltensweise der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zu verhindern?
52. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei den Brüsseler Verhandlungen sich für ein EG-weites Aussetzen der produktionssteigernden Förderung im Schweinebereich einzusetzen?
53. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter veränderten Rahmenbedingungen und unter anderer Diskussionsgrundlage die Möglichkeit, Rindfleisch in der Europäischen Gemeinschaft an Sozialhilfeempfänger zu günstigen Preisen abzugeben?
54. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Warum sieht die Bundesregierung darin eine Kapazitätsausweitung, wenn z. B. durch Heirat, Erbschaft p. p. Milchquoten zusammengeführt werden und im Rahmen der vorhandenen Referenzmengen eine Investition vorgenommen werden soll und die Milchquote nicht um einen Liter erhöht wird?
55. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Obwohl nach der EG-Effizienzverordnung Investitionen in der Schweinehaltung mit Erhöhung der Produktionskapazitäten bis zu 400 Mastplätzen je Betrieb förderungsfähig sind, drängt der Ernährungsminister im PLANAK auf eine nationale Einstellung dieser Förderungsmöglichkeit, und trägt die Bundesregierung diese einseitige Wettbewerbsbenachteiligung zu Lasten der deutschen Landwirtschaft?

Bonn, den 7. November 1986

